

GEMEINDE SCHÖNWALDE
GEMEINDEWEITE POTENTIALANALYSE
ZUR EIGNUNG FÜR
PHOTOVOLTAIK-FREIFLÄCHENANLAGEN



AUSGEARBEITET IM AUFTRAG DER GEMEINDE SCHÖNWALDE:

P L A N U N G S B Ü R O O S T H O L S T E I N
TREMSKAMP 24, 23611 BAD SCHWARTAU
INFO@PLOH.DE

TEL: 0451/ 809097-0
WWW.PLOH.DE

Inhaltsverzeichnis

1.	Anlass.....	3
1.1	Planungserfordernis / Planungsziele.....	5
2.	Methodik.....	6
2.1	Vorgehen	6
3.	Ausgangssituation.....	7
3.1	Untersuchungsraum.....	7
3.2	Rechtliche Bindungen, übergeordnete Pläne.....	7
3.2.1	Gemeindeübergreifende Abstimmung	9
4.	Flächenanalyse.....	10
4.1.1	Ausschlussflächen.....	10
4.1.2	Abwägungsflächen.....	11
4.1.3	Eignungsflächen	17
5.	Potentialanalyse	18
6.	Ermittlung von Potentialflächen der Gemeinde Schönwalde	21
7.	Weiteres Vorgehen (Konzept der Gemeinde Schönwalde)	22

ANLAGEN

Gemeindeweite Potentialanalyse zur Eignung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen:

Blatt 0: Regionalplan II

Blatt 1: Ausschlussflächen harte Faktoren

Blatt 2: Abwägungsflächen weiche Faktoren

Blatt 2a: Abwägungsflächen weiche Faktoren

ohne Naturpark,

ohne Gebiet, das die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung als LSG erfüllt,

Blatt 2b: Abwägungsflächen weiche Faktoren

ohne Naturpark,

ohne Gebiet, das die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung als LSG erfüllt,

ohne Gebiete mit besonderer Erholungseignung

Blatt 3: Ergebnisse

1. Anlass

Die Bundesregierung will bis 2030 einen Anteil von 80 Prozent erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch erreichen. Damit sind die Erneuerbaren Energien ein elementarer Bestandteil der Energiestrategie 2030. Die zunehmende Notwendigkeit fossile Energieträger durch Erneuerbare Energien zu ersetzen, erfordert auch den Ausbau der Photovoltaikkapazitäten (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz).

Der Bundesrat hat daher in der Sitzung am 8. Juli 2022 mit

- dem Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts im Zusammenhang mit dem Klimaschutz-Sofortprogramm und zu Anpassungen im Recht der Endkundenbelieferung,
- dem Gesetz zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor,
- dem zweiten Gesetz zur Änderung des Windenergie-auf-See-Gesetzes und anderer Vorschriften,
- dem Gesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land,
- dem Vierten Gesetz zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes und
- der ersten Verordnung zur Änderung der Verordnung über allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme

das sogenannte „Osterpaket“ verabschiedet.

Insgesamt dienen die Gesetze dem beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien.

Zu den Maßnahmen gehören:

- **die gesetzliche Verankerung des Ziels, dass der Strombedarf im Jahr 2030 zu 80 % aus regenerativen Quellen gedeckt werden muss**
- die dauerhafte Abschaffung der EEG-Umlage
- die Geltung aller erneuerbaren Energien als im überragenden öffentlichen Interesse
- die Erweiterung der Ausbauziele für Windenergie auf See auf mindestens 30 GW bis zum Jahr 2030, mindestens 40 GW bis 2035 sowie auf mindestens 70 GW im Jahr 2045
- die Festlegung, dass 2 % der Bundesfläche für Windenergie an Land zur Verfügung stehen müssen
- Maßnahmen zur Erleichterung des Ausbaus von Photovoltaik

Besonders zu begrüßen ist, dass durch das „Gesetz zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor“ (dort Art. 2) ab dem 01.01.2023 die in § 6 EEG geregelte finanzielle Beteiligung der Kommunen mit 0,2 Cent pro Kilowattstunde bei Windenergieanlagen und Solar-Freiflächenanlagen verbindlicher ausgestaltet wird.

Neu bestimmt wurde auch, dass die Kommunen bei Solar-Freiflächenanlagen den Abschluss der Vereinbarung davon abhängig machen dürfen, dass der Betreiber ein Konzept vorlegt, das fachlichen Kriterien für die naturschutzverträgliche Gestaltung von Freiflächenanlagen entsprechen.

Im konkreten Wortlaut lautet § 2 EEG wie folgt:

„Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden. Satz 2 ist nicht gegenüber Belangen der Landes- und Bündnisverteidigung anzuwenden.“

Zur Beschleunigung des Ausbaus in allen Rechtsbereichen wird damit im EEG der Grundsatz verankert, dass die Nutzung aller erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient.

Gemäß dem Energiewende- und Klimaschutzgesetz (EWKG) wird für Schleswig-Holstein eine Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien von mindestens 37 Terawattstunden bis zum Jahr 2025 angestrebt.

Die Motive für das Errichten und den Betrieb großer PV-Anlagen sind vielfältig. Sie leisten einen Beitrag zur Dekarbonisierung auf der kommunalen Ebene, Beiträge zur Versorgung benachbarter urbaner Räume (Stromabnehmer: Versorger) und einen Beitrag zur Versorgung einzelner energieintensiver Unternehmen (Stromabnehmer: Gewerbe- und Industrieunternehmen).

Neue Solaranlagen gehören heute zu den günstigsten Erneuerbare-Energien-Technologien. Mehr als 1,6 Millionen Photovoltaikanlagen stellten Ende des Jahres 2019 mit rund 47,5 Gigawatt Leistung den zweitgrößten Anteil der Stromerzeugungssysteme bei den Erneuerbaren Energien. Im Wärmebereich nutzen die Solarkollektoren die Energie der Sonne, um Wärme für die Trinkwassererwärmung oder für Industrieprozesse zu erzeugen.

Etwa die Hälfte der in Deutschland genutzten Energie wird im Wärmesektor verbraucht, 80% davon fallen auf die Raumheizung und die Warmwasserbereitung. Die klimapolitischen Ziele und eine drastische Reduzierung der CO²-Emissionen können nur durch ein hohes Maß an Effizienz und den Einsatz erneuerbarer Energien erreicht werden. PV-Freiflächenanlagen bieten eine Möglichkeit, sich von klimaschädlichen, fossilen Energieträgern zu lösen und einen Weg in eine klimafreundlichere und nachhaltigere Zukunft zu beschreiten.

1.1 Planungserfordernis / Planungsziele

Die Gemeinde Schönwalde möchte sich weiterhin an der Erzeugung erneuerbarer Energien beteiligen, um so einen angemessenen Beitrag zur Energiewende zu leisten. Innerhalb des Gemeindegebietes bestehen bereits Vorrangflächen für Windenergieanlagen mit bereits bestehenden Windenergieanlagen.

Die Gemeinde Schönwalde verfolgt das Ziel, die Erzeugung erneuerbarer Energien mittels Photovoltaikanlagen zu fördern und stellt sich der gesellschaftlichen Verpflichtung innerhalb der Gemeinde CO₂-arme Energie zu produzieren.

Durch Förderprogramme wie das Stromeinspeisegesetz (StromEinspG) und das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) erfolgte bislang eine wirksame wirtschaftliche Unterstützung des Ausbaus der erneuerbaren Energien. Mittlerweile sind die Produktionskosten für PV-Freiflächenanlagen stetig gesunken, sodass jetzt auch entsprechende Solarparks außerhalb des EEG-Förderbereiches entlang von Verkehrsachsen wirtschaftlich sind. Dadurch steigt die Nachfrage nach Flächen zur Errichtung von Photovoltaikfreiflächenanlagen erheblich.

Photovoltaikfreiflächenanlagen leisten einen Beitrag zum sorgsamem Umgang mit der Umwelt und bieten eine nachhaltige Energieversorgung. Sie bringen jedoch auch nachteilige Wirkungen auf ihre Umwelt mit. Die Standortwahl ist demnach so zu treffen, dass die negativen Wirkungen minimal bleiben.

Um eine möglichst umweltverträgliche und nachhaltige Förderung der erneuerbaren Energien durch Photovoltaikfreiflächen zu erhalten, erarbeitet die Gemeinde Schönwalde eine Potentialanalyse, um geeignete Flächen für Photovoltaikfreiflächenanlagen zu ermitteln.

2. Methodik

2.1 Vorgehen

Zur Ermittlung der für den Bau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen geeigneten Flächen im Gemeindegebiet Schönwalde wurde wie folgt vorgegangen:

1. Darstellung der Vorgaben aus übergeordneten Plänen (Landesentwicklungsplan, Landschaftsrahmenplan, Regionalplan, Landschaftspläne, Flächennutzungspläne, Umweltatlas SH) in einem Plan
 - Blatt 0: Regionalplan II
2. Ermittlung der prinzipiell geeigneten Flächen durch Ausschlussverfahren
 - Blatt 1: Ausschlussflächen harte Faktoren
 - Blatt 2: Abwägungsflächen weiche Faktoren
 - Blatt 2a: Abwägungsflächen weiche Faktoren ohne Naturpark und ohne Gebiet, dass die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung als LSG erfüllt
 - Blatt 2b: Abwägungsflächen weiche Faktoren ohne Naturpark, ohne Gebiet, dass die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung als LSG erfüllt, ohne Gebiete mit besonderer Erholungseignung
3. Betrachtung und Bewertung der Gemeindeflächen
 - Blatt 3: Ergebnisse

Hinweis:

Die Karten sind im Maßstab 1:40.000 erstellt und sollten im Format DIN A3 ausgedruckt werden. Im PDF-Format können diese auf dem Bildschirm sehr gut vergrößert werden, um an Aussageschärfe zu gewinnen. Die Aussagen sind nicht parzellenscharf, sondern entsprechen dem Kartenmaßstab. Im Zuge der nachfolgenden Bauleitplanung werden die Aussagen weiter geprüft und konkretisiert.

3. Ausgangssituation

3.1 Untersuchungsraum

Der Untersuchungsraum ist das Gemeindegebiet Schönwalde. Die Nachbargemeinden stellen teilweise eigene Potentialanalysen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen auf. Die Planungen der benachbarten Gemeinden sind aufeinander abzustimmen. Auf den Karten ist jeweils ein 1.000 Meter-Radius jenseits der Gemeindegrenze mit dargestellt, um eine bessere interkommunale Abstimmung zu ermöglichen (vgl. Kapitel 3.2.1.). Dabei sind auch die erlasskonformen weichen und harten Faktoren mit bearbeitet. Damit soll nicht die Planungshoheit der Nachbargemeinden umgangen werden, sondern eine bessere Abstimmung möglich sein.

3.2 Rechtliche Bindungen, übergeordnete Pläne

Folgende Aussagen treffen die vorhandenen überörtlichen und örtlichen Planungen:

Landesentwicklungsplan (LEP) – Fortschreibung 2021

Der Landesentwicklungsplan (2021) trifft zum Thema Solarenergie unter Ziffer 4.5.2 folgende Aussagen zu raumbedeutsamen Freiflächen-Photovoltaikanlagen:

2G

Die Entwicklung von raumbedeutsamen Solar-Freiflächenanlagen (Photovoltaik- und Solarthermie) soll möglichst, freiraumschonend sowie raum- und landschaftsverträglich erfolgen. Um eine Zersiedlung der Landschaft zu vermeiden, sollen derartige raumbedeutsame Anlagen vorrangig ausgerichtet werden auf:

- *bereits versiegelten Flächen*
- *Konversionsflächen aus gewerblich- industrieller, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung und Deponien,*
- *Flächen entlang von Bundesautobahnen, Bundesstraßen und Schienenwegen mit überregionaler Bedeutung oder*
- *Vorbelastete Flächen oder Gebiete, die aufgrund vorhandener Infrastrukturen ein eingeschränktes Freiraumpotenzial aufweisen.*

Solarthermie-Freiflächenanlagen sollen möglichst in guter städtebaulicher Anbindung, räumlicher Nähe zu Verbraucherinnen und Verbrauchern oder in räumlicher Nähe von Nah- oder Fernwärmenetzen beziehungsweise Wärmespeichern geplant und errichtet werden.

3G

Die Inanspruchnahme von bisher unbelasteten Landschaftsteilen soll vermieden werden. Bei der Entwicklung von Solar-Freiflächenanlagen sollen längere bandartige Strukturen vermieden werden. Einzelne und benachbarte Anlagen sollen eine Gesamtlänge von 1.000 Meter nicht überschreiten. Sofern diese Gesamtlänge überschritten wird, sollen jeweils ausreichend große Landschaftsfenster zu weiteren Anlagen freigehalten werden, räumliche Überlastungen durch zu große Agglomerationen von Solar-Freiflächenanlagen sollen vermieden werden.

Z

Raumbedeutsame Solar-Freiflächenanlagen dürfen nicht in

- Vorranggebieten für den Naturschutz und Vorbehaltsgebieten für Natur und Landschaft,*
- In Regionalen Grünzügen und Grünzäsuren sowie*
- in Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung und Kernbereichen für Tourismus und/oder Erholung (dies gilt nicht für vorbelastete Flächen oder Gebiete, die aufgrund vorhandener Infrastrukturen, insbesondere an Autobahnen, Bahntrassen und Gewerbegebieten, ein eingeschränktes Freiraumpotenzial aufweisen)*

errichtet werden.

4 G

Planungen zu Solar-Freiflächenanlagen sollen möglichst gemeindegrenzendübergreifend abgestimmt werden, um räumliche Überlastungen durch zu große Agglomerationen von Solar-Freiflächenanlagen zu vermeiden.

7 G

Eine Konkretisierung der Vorgaben zu Freiflächen-Photovoltaik- und Solarthermieanlagen kann in den Regionalplänen durch Festlegung von Grundsätzen und Zielen der Raumordnung erfolgen.

Im Landesentwicklungsplan (LEP 2021) – Fortschreibung ist in Ziffer 4.5.2 Absatz 5 der Grundsatz formuliert, dass für größere raumbedeutsame Solar-Freiflächenanlagen ab einer Größe von 20 Hektar in der Regel ein Raumordnungsverfahren durchgeführt werden soll. Die Landesregierung hat am 13.09.2022 bezogen auf diesen Grundsatz des LEP beschlossen, auf Raumordnungsverfahren für Freiflächen-Solaranlagen bei einer Einzelplanung oder bei Agglomerationsplanungen von

Gemeinden zu verzichten. Danach findet Ziffer 4.5.2 Abs. 5 der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes 2021 keine Anwendung mehr. **Hier wird auf das Rundschreiben des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung vom 18.10.2002 verwiesen:**

„Verzicht auf Raumordnungsverfahren bei der Errichtung großer Freiflächen-Solaranlagen - Beschluss der Landesregierung vom 13.09.2022“

Planungsrelevante Aussagen übergeordneter Pläne sind in Blatt 1 – Ausschlussflächen harte Faktoren und in Blatt 2 – Abwägungsflächen weiche Faktoren dargestellt.

Landschaftspläne

Der Landschaftsplan der Gemeinde Schönwalde stammt aus dem Jahr 2000 und enthält keine Aussagen zu Photovoltaik-Freiflächenanlagen.

Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum II 2020

Laut dem Landschaftsrahmenplan sollen PV-Freiflächenanlagen so gestaltet werden, dass möglichst keine erheblichen oder nachteiligen Umweltauswirkungen hervorgerufen werden.

Regionalplan 2004

Der Regionalplan enthält keine Ziele und Aussagen über Solar-Freiflächenanlagen.

3.2.1 Gemeindeübergreifende Abstimmung

Angesichts der eng gesteckten Gemeindegebietsgrenzen in Schleswig-Holstein kommt in der Planung dem interkommunalen Abstimmungsgebot (§2 Abs. 2 BauGB) im Bereich der Freiflächenphotovoltaik besonderer Bedeutung zu. Die Planungen benachbarter Gemeinden sind aufeinander abzustimmen.

Dabei muss sichergestellt werden, dass gemeindeübergreifende Ziele der Raumordnung und andere Vorgaben (Landschaftsbild, Belange des Tourismus und der Erholung, etc.) gewahrt werden und zudem nicht eine Gemeinde die Planungshoheit der Nachbargemeinden einengt.

4. Flächenanalyse

Zur Ermittlung der Flächen, die zur Errichtung von großflächigen Photovoltaikanlagen geeignet sind, werden zunächst unter Berücksichtigung der Aussagen übergeordneter Pläne die Ausschlussflächen ermittelt.

Bei der Potentialanalyse wird unterschieden zwischen:

1. **Ausschlussflächen**
2. **Abwägungsflächen**
3. **Eignungsflächen**

Die Ausschlussflächen und Abwägungsflächen orientieren sich an dem *Gemeinsamen Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung und des Ministeriums für Energie, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung vom 01.09.2021 zur Planung großflächiger Photovoltaikanlagen im Außenbereich (PV-Erlass)*.

Es werden auch prinzipiell geeignete Bereiche für eine Ausweisung großflächiger Photovoltaikfreianlagen genannt, diese Flächen unterliegen jedoch einem Abwägungserfordernis. Eine detailliertere Aussage erfolgt auf Ebene der Bauleitplanung.

Bei den Eignungsflächen handelt es sich um bevorzugte Flächen für eine Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen.

4.1.1 Ausschlussflächen

Bauleitpläne für großflächige Photovoltaikanlagen auf Freiflächen dürfen nicht im Widerspruch zu sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften stehen. Aus raumordnerischer Sicht stehen die in den Regionalplänen mit Zielcharakter ausgewiesenen Vorranggebiete für Naturschutz (z.B. bestehende Naturschutzgebiete) der Errichtung großflächiger PV-Anlagen entgegen.

Grundsätzlich sind folgende Flächen von vornherein auszuschließen, auf denen Solarenergie-Freiflächenanlagen nur dann in Betracht kommen, wenn eine Ausnahme oder Befreiung in Aussicht gestellt werden kann (harte Faktoren):

- Schwerpunktbereiche des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems Schleswig-Holstein gemäß § 20 BNatSchG i.V.m. §12 LNatSchG
- Naturschutzgebiete gemäß § 23 BNatSchG i.V.m. § 13 LNatSchG (einschließlich einstweilig sichergestellte NSG und Gebieten, die die Voraussetzungen nach § 23 BNatSchG i.V.m. § 13 LNatSchG erfüllen)
- Nationalparke/ nationale Naturmomente (z.B. Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer inkl. Weltnaturerbe Wattenmeer) gemäß § 24 BNatSchG i.V.m. § 5 Abs. 1 Nr. 1 Nationalparkgesetz (NPG)
- Gesetzlich geschützte Biotope gemäß § 20 Abs. 2 BNatSchG i.V.m. § 21 Abs. 1 LNatSchG)
- Natura 2000-Gebiete (FFH-Gebiete, europäische Vogelschutzgebiete, Ramsar-Gebiete)
- Gewässerschutzstreifen nach § 61 BNatSchG i.V.m. § 35 LNatSchG
- Überschwemmungsgebiete gemäß § 78 Abs. 4 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) einschließlich der gemäß § 74 Abs. 5 LWG vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete als Vorranggebiete der Raumordnung für den vorbeugenden Binnenhochwasserschutz
- Wasserschutzgebiete Schutzzone I gemäß WSG-Verordnungen i.V.m- §§ 51, 52 WHG
- Waldflächen gemäß § 2 LWaldG sowie Schutzabstände zu Wald gemäß § 24 LWaldG (30 Meter).

4.1.2 Abwägungsflächen

Die folgenden Bereiche unterliegen einem besonderen Abwägungs- und Prüferfordernis, da hier im Rahmen der Bauleitplanung öffentliche Belange mit einem besonderen Gewicht den Interessen der Planungsträger und somit der Errichtung der Solarenergie-Freiflächenanlagen entgegenstehen können (weiche Faktoren):

- Artenschutzrecht gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG
- Landschaftsschutzgebiete gemäß § 26 BNatSchG i.V.m. § 15 LNatSchG
- Naturparke gemäß § 27 BNatSchG i.V.m. § 16 LNatSchG

- Landesweit bedeutsame Rast- und Nahrungsgebiete für Zug- und Rastvögel (z.B. Wiesenvogelkulisse)
- Verbundbereiche des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems Schleswig-Holstein gemäß § 21 BNatSchG i.V.m. § 12 LNatSchG
- Naturdenkmale/ geschützte Landschaftsbestandteile gemäß §§ 28, 29 BNatSchG i.V.m. §§ 17, 18 LNatSchG
- Naturschutzfachlich hochwertige Flächen, insbesondere Wertgrünland oder alte Ackerbrachen (> 5 Jahre) (Naturschutzfachwert 4 oder 5, vergleiche Orientierungsrahmen Straßenbau SH, 2004)
- Dauergrünland auf Moorböden und Anmoorböden gemäß Definition nach § 3 Abs. 1 DGLG)
- Bevorratende, festgesetzte und/ oder bereits umgesetzte Kompensationsmaßnahmen gemäß §§ 15 ff. BNatSchG. Hierzu zählen auch im Anerkennungsverfahren befindliche Ökokonten oder Kompensationsmaßnahmen, die aufgrund eines laufenden Genehmigungsverfahrens einer Veränderungssperre unterliegen
- Realisierte und geplante Querungshilfen an großen Verkehrsinfrastrukturen einschließlich der damit verbundenen Zu- und Abwanderungskorridore
- Flächen mit besonderer Wahrnehmung der Bodenfunktionen gemäß §§ 2, 7 Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG)
- Schützenswerte geologische und geomorphologische Formationen
- Landwirtschaftlich genutzte Flächen, je höher die Ertragsfähigkeit, desto größer ist die Gewichtung
- Bei ehemaligen Abbaugebieten (Kiesabbau, Tagebau) sind bestehende genehmigungsrechtliche Auflagen und Regelungen hinsichtlich deren Nachnutzung zu beachten
- Wasserflächen einschließlich Uferzonen
- Die Bedeutung der Gewässer als Lebensraum sowie Leitlinie für den Vogelzug und als Nahrungs-, Rast- oder Brutgebiete ist zu beachten.

- Flächen in Talräumen, die für die Gewässerentwicklung zur Erreichung des guten ökologischen Zustands oder des guten ökologischen Potenzials nach Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) benötigt werden
- Wasserschutzgebiete Schutzzone II
- Bereich mit einem baulich und siedlungsstrukturell wenig vorbelasteten Landschaftsbild
- Kulturdenkmal und Schutzzonen gem. § 2 Abs. 2 und 3 DSchG, einschließlich ihrer Umgebungsbereiche sowie Bereiche, von denen bekannten ist oder den Umständen nach zu vermuten, dass sich dort Kulturdenkmale befinden.
- Flächen zur dauerhaften Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft im Sinne § 1 Abs. 4 BNatSchG
- Schutz- und Pufferbereiche zu den oben genannten Flächen und Schutzgebieten (harte Faktoren)

Diese Kriterien sind nicht als abschließend zu betrachten.

Abstände zu Wohnhäusern: 120 Meter-Radius

Als weiteres Abwägungskriterium sind Abstände zu Wohnhäusern/Siedlungen aufgenommen. Aufgrund des groben Maßstabs sind in den Karten Abstände zu Siedlungen aufgenommen. Im Zuge der Bauleitplanung sind diese zu konkretisieren und auf tatsächlich zum Wohnen genutzte Gebäude zu beziehen. Auch wenn PV-Anlagen mit einer Höhe von etwa 3,5 Meter über Gelände grundsätzlich gut ins Gelände bzw. in die Landschaft zu integrieren sind, können diese erhebliche Auswirkungen auf benachbarte Wohnnutzungen haben. Dieses ist unter anderem abhängig von der Topografie, der Himmelsrichtung sowie der bestehenden oder geplanten Eingrünung.

Auf Blatt 2 sind Abstände zu bestehenden Siedlungen dargestellt. Ein 120 Meter-Radius ist flächenhaft in den Karten markiert. Dieser Abstand gewährt einen Mindestabstand. Die Siedlungsbereiche werden dadurch hinsichtlich ihrer langfristigen Entwicklungsmöglichkeiten nicht dauerhaft durch PV-Anlagen eingeschränkt.

Dennoch sollte grundsätzlich eine Einzelfallprüfung im Rahmen der Bauleitplanung erfolgen, da auch geringere Abstände verträglich sein können oder größere sinnvoll sind.

Bei einer erheblichen Beeinträchtigung des Landschaftsbildes sind Maßnahmen wie z.B. eine Eingrünung zu treffen, um diese zu verhindern.

Bodenbewertung

Hinsichtlich der Bodenbewertung wurde die natürliche Ertragsfähigkeit betrachtet. Nach dem *Gemeinsamen Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung und des Ministeriums für Energie, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung vom 01.09.2021 zur Planung großflächiger Photovoltaikanlagen im Außenbereich (PV-Erlass)* unterliegen die „landwirtschaftlich genutzten Flächen, je höher die Ertragsfähigkeit, desto größer ist die Gewichtung“ der Abwägung. Hierbei wurde als Informationsquelle auf den Umweltatlas (www.umweltdaten.landsh.de/atlas/script/index.php) verwiesen.

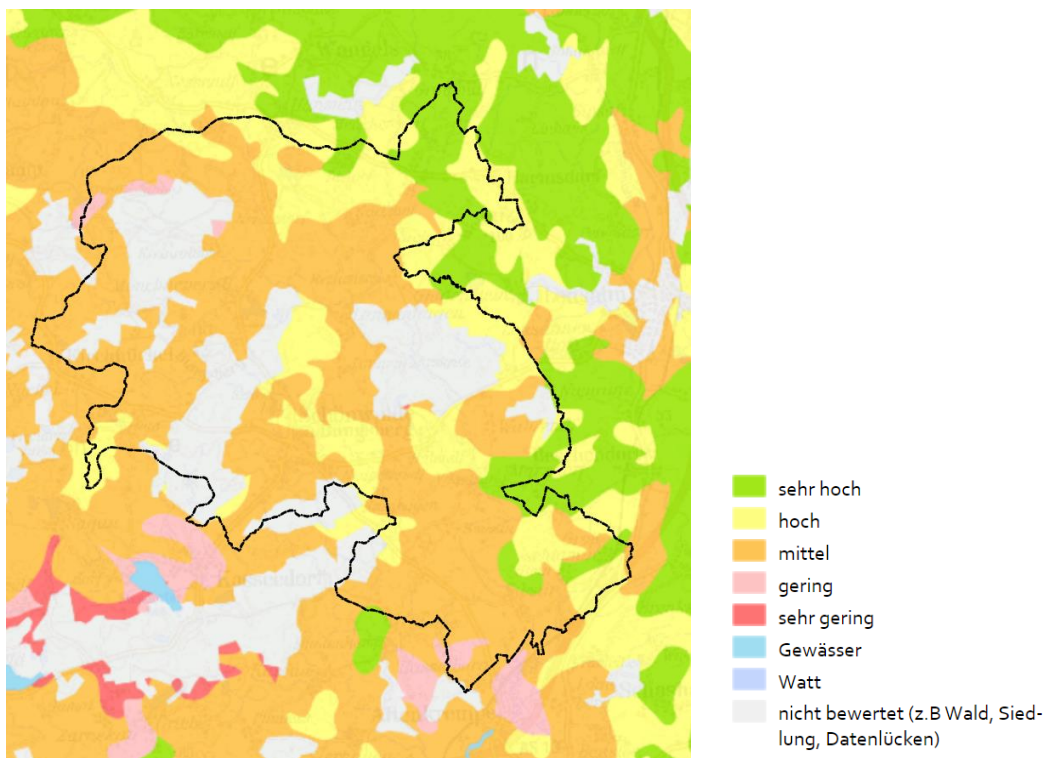


Abb. 1: natürliche Ertragsfähigkeit regional bewertet (Umweltatlas – Stand: August 2022)

Die Potentialanalyse wurde im Maßstab 1:30.000 erarbeitet. Der Umweltatlas weist selbst darauf hin, dass für die konkrete Landbewirtschaftung oder Bauausführung vor Ort oder für eine hochaufgelöste Planung ein Maßstab von 1:2.000 nützlich ist. Daher kann auf Ebene der Potentialanalyse nicht von einer flächenscharfen Bewertung ausgegangen werden. Im Rahmen der Potentialanalyse kann somit keine abschließende Aussage zu diesem Aspekt getroffen werden. Dieses Thema sollte erst im Rahmen der Bauleitplanung weiter untersucht werden.

Da der Boden nicht mehr landwirtschaftlich bearbeitet wird und keine Düngereintragungen mehr erfolgen, hat die Errichtung einer PV-Freiflächenanlage positive Auswirkungen auf den vorsorgenden Bodenschutz. Des Weiteren kann ein vollständiger Rückbau nach Ende der Nutzungsdauer relativ schnell und einfach erfolgen.

Die gesamte Gemeinde Schönwalde weist überwiegend eine mittlere Bodenbewertung auf. Teilweise sind im nördlichen und östlichen Bereich eine hohe sowie ein sehr hohe Bodenbewertung zu erkennen. Außerdem befinden sich innerhalb der Gemeinde Gewässer. Die tatsächliche Eignung unabhängig der Bodenbewertung erfolgt dann im Einzelfall im Rahmen der Bauleitplanung. Außerdem ist durch eine Planung von Agro-Photovoltaik-Anlagen eine Reduzierung des Flächenverbrauchs möglich.

Landschaftsschutzgebiet „Bungsberg mit Vorland“

Das Landschaftsschutzgebiet „Bungsberg mit Vorland“ ist ca. 9.017 ha groß und orientiert sich mit seiner Grenzföhrung am Bungsbergrelief. Der Bungsberg, die eiszeitlich entstandene höchste Erhebung Schleswig-Holsteins, sowie die ihn umgebenden besonders markanten Moränenlandschaften (Vorland) befinden sich unter anderem auf den Gemeindegebieten Wangels, Harmsdorf, Lensahn, Schashagen, Schönwalde und Kasseedorf.

Das Gebiet umfasst den besonders markanten, ehemals vom Gletschereis umflossenen Bungsberg in der eiszeitlich geprägten Moränenlandschaft des ostholsteinischen Hügellandes. Durch die ringförmig umschließenden Moränenwälle mit den in alle Himmelsrichtungen abfließenden Bächen in teilweise tief eingeschnittenen Kerbtälern in Verbindung mit der die Landschaft gestaltenden, jahrhundertelangen Landnutzung ist eine Natur- und Kulturlandschaft von besonderer Vielfalt, Eigenart und Schönheit entstanden. Das Gebiet besitzt eine hohe Eignung und eine

kreisweite, sowie überregionale Bedeutung für den Naturgenuss und das Erleben einer struktur- und artenreichen Natur- und Kulturlandschaft.

Die biologische Vielfalt mit ihren gebietstypischen Arten und Lebensräumen, die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts, die nachhaltige Nutzungsfähigkeit der Naturgüter sowie die Vielfalt, Eigenart, Schönheit und der Erholungswert dieser Landschaft sind zu schützen, zu pflegen und zu entwickeln und soweit erforderlich wiederherzustellen. Sie sind die wesentliche Grundlage für das Wohlbefinden des Menschen und nachkommender Generationen.

Durch das Landschaftsschutzgebiet „Bungsberg mit Vorland“ ist ein Großteil der Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinde Schönwalde eingeschränkt.

Zusätzliche Bereiche erfüllen nach dem Landschaftsrahmenplan auch die Voraussetzung für eine Unterschutzstellung nach § 26 abs. 1 BNatSchG i. V. m. § 15 LNatSchG als Landschaftsschutzgebiet.

Das Landschaftsschutzgebiet umfasst rund 81% der Gemeindefläche Schönwalde. Zusätzlich umfasst das Gebiet, das die Voraussetzung für eine Unterschutzstellung als Landschaftsschutzgebiet erfüllt weitere 9% der Gemeindefläche. In Verbindung mit den Siedlungsflächen und Flächen für die Windkraftanlagen stehen damit mehr als 90% der Gemeindefläche eigentlich nicht mehr zur Verfügung.

Nach der Verordnung zum LSG ist die Errichtung von Freiflächen PV-Anlagen keine zulässige Handlung (§5), auch nicht zu genehmigen (§6). Es kann nur eine Befreiung nach § 67 BNatSchG durch die UNB angestrebt werden.

Der Gemeinsame Beratungserlasses des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung und des Ministeriums für Energie, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung vom 01.09.2021 zur Planung großflächiger Photovoltaikanlagen im Außenbereich schließt die Planung von PV-Freiflächenanlagen in Landschaftsschutzgebieten und Gebieten, die diese Voraussetzung erfüllen, nicht aus. Diese Bereiche unterliegen nur einem besonderen Abwägungs- und Prüferfordernis (weiche Faktoren), da hier im Rahmen der Bauleitplanung öffentliche Belange mit einem besonderen Gewicht den Interessen der Planungsträger und somit der Errichtung der Solarenergie-Freiflächenanlagen entgegenstehen können.

Naturpark

Weitere Abwägungskriterien sind Naturparke, diese sind aus dem Landschaftsrahmenplan II, Karte 2, Blatt 2 entnommen. Naturparke bestehen überwiegend aus Landschafts- und Schutzgebieten. Die gesamte Gemeinde Schönwalde liegt innerhalb eines Naturparks. Aufgrund der großflächigen Ausweisung wird daraus jedoch kein Ausschlussgrund für PV-Freiflächenanlagen gesehen. Durch eine teilweise Inanspruchnahme bleibt die Naturparkqualität weiterhin grundsätzlich gegeben.

Im Rahmen der Bauleitplanung erfolgt eine detailliertere Bewertung der jeweiligen Flächen.

4.1.3 Eignungsflächen

Auf den Blättern 1, 2, 2a und 2b werden die Ausschluss-, Abwägungs- und Eignungsflächen ermittelt.

Alle grünen Flächen – Ausschlussflächen harte Faktoren – schließen eine Nutzung für PV-Freiflächenanlagen kategorisch aus.

Dabei muss erneut darauf hingewiesen werden, dass Siedlungszusammenhänge zwar für Photovoltaikanlagen sehr gut geeignet sind, allerdings nicht für Photovoltaik-Freiflächenanlagen. Weitere mögliche Eignungskriterien, wie Konversionsflächen, großflächige bereits versiegelte Areale oder versiegelte Altlasten konnten nicht identifiziert werden.

Flächen, die nicht als Ausschlussflächen in dem Gemeindegebiet wegfallen, sind potenziell für die Errichtung von großflächigen PV-Anlagen geeignet.

Die Flächen, die innerhalb der Abwägungsflächen „weiche Faktoren“ liegen, unterliegen zwar einem besonderen Abwägungs- und Prüferfordernis, schließen die Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen aber nicht kategorisch aus. Somit ist davon auszugehen, dass diese Flächen größtenteils unter bestimmten Voraussetzungen auch potenziell für die Errichtung von großflächigen PV-Anlagen geeignet sind.

Bei den hellgelben Flächen handelt es sich um Eignungsflächen, diese gehören zu den geeignetsten Flächen für die PV-Freiflächenanlagen.

5. Potentialanalyse

Im Zuge der gemeindeweiten Flächenuntersuchung wurden Ausschlusskriterien definiert, die die Umnutzung einer Fläche für Freiflächen-Photovoltaikanlagen ausschließen oder dem Vorhaben stark entgegenstehen.

Besonders hervorzuheben sind die Siedlungsflächen. Diese sind grundsätzlich für Photovoltaikanlagen gut geeignet. Aus städtebaulichen Gründen sollten entsprechende Anlagen auf Dächern und nicht auf Freiflächen realisiert werden, um das Orts- und Landschaftsbild zu schützen. Vom Errichten von Freiflächen-Photovoltaik in Siedlungszusammenhängen wird daher – auch im Zuge des Rücksichtnahmegebots gemäß § 34 Abs. 1 BauGB – abgeraten.

Im Gemeindegebiet sind keine großflächigen versiegelten Bereiche oder andere Konversionsflächen vorhanden.

Gut durch Gehölzstrukturen gegliederte oder als Grünland genutzte Flächen oder Schwerpunktbereiche für Tourismus und Erholung gem. Regionalplan mit einem wenig belasteten Landschaftsbild sollten möglichst freigehalten werden. Andererseits können umliegende Wald- und Großgehölzbestände die Belastung des Landschaftsbildes durch großflächige Photovoltaikanlagen mindern.

Das Errichten von Freiflächen-Photovoltaikanlagen in Siedlungszusammenhängen ist in einem Abstand von unter 120 Metern besonders zu prüfen; aus Gründen des Rücksichtnahmegebots gemäß Baugesetzbuch, aber auch um Entwicklungsmöglichkeiten für die Orte aufrecht zu erhalten. Bei Einzellagen und Siedlungssplittern im Außenbereich muss ebenfalls ein Einzelfall bezogene Prüfung erfolgen. Alle Abstände sind im Einzelfall zu prüfen und können auch geringer oder weiter ausfallen.

Dabei sind unter anderem die Himmelsrichtung, die Topografie und die Eingrünung einer Siedlung oder der Fläche von Bedeutung.

Im Zuge der Bauleitplanung sind die Flächen auf ihre Eignung vertiefend und detaillierter entsprechend der Maßstabtiefe zu prüfen. Dabei spielen auch Belange, die nicht großflächig geprüft werden können, eine Rolle. Beispiele hierfür ist der Artenschutz. Des Weiteren sind Kleinstflächen wie Tümpel, Gehölze oder Knicks und die Topografie des Gebiets zu berücksichtigen. Eine Nordhanglage oder zu steile Hanglagen führen zu Verschattungen und sind keine wirtschaftlich sinnvollen Standorte.

Der ggf. erforderliche Abstand zu Hochspannungs-Freileitungen ist im weiteren Verfahren mit den Versorgungsträgern im Detail zu klären.

Die einzelnen Karten (Blatt 0, 1, 2, 2a, 2b und 3) veranschaulichen die Flächenuntersuchung detailliert und werden deshalb im Folgenden näher erläutert.

Blatt 0 zeigt einen Ausschnitt mit der Gemeinde Schönwalde des Regionalplanes II.

Blatt 1 beschreibt die Ausschlussflächen mit harten Faktoren. In den Gelbtönen sind die Eignungsflächen für PV-Freiflächenanlagen dargestellt. Die grünen Farben stellen harte Faktoren, wie zum Beispiel Waldflächen, regionale Grünzüge oder auch Naturschutzgebiete dar. In der Farbe Rot werden die Siedlungen als weiterer harter Faktor dargestellt. Zu den harten Faktoren zählen außerdem Biotop, Biotopverbundsysteme oder auch Überschwemmungsgebiete.

Die Flächen, die nicht als Ausschlussflächen, sind potenziell für die Errichtung von großflächigen PV-Anlagen geeignet.

Blatt 2 zeigt die Abwägungsflächen mit weichen Faktoren ohne Naturpark. Die in hellgrün dargestellten weichen Faktoren sind die Verbundachsen des landesweiten Biotopverbundsystems. Die gestrichelten blauen Flächen zeigen die Kompensations- und Ökokontoflächen und damit weitere weiche Faktoren auf. Ein weiterer weicher Faktor stellt die horizontal grün gestreifte Fläche dar, welche ein Vorbehaltsraum für Natur und Landschaft zeigt. In einem helleren vertikal gestreiften grün sind Landschaftsschutzgebiete dargestellt.

Blatt 2a zeigt die Abwägungsflächen mit weichen Faktoren zusätzlich ohne Naturpark und das Gebiet, das die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung als Landschaftsschutz erfüllt (LRP III, Karte 2, Blatt 2). Da rund 90% der Gemeindefläche entweder als LSG ausgewiesen sind oder die Voraussetzungen dafür erfüllen, bedarf es für die weitere Abwägung eine gesonderte Ausweisung und Prüfung dieses Belang. Es ergibt sich so ein aussagekräftiges Bild der Situation in der Gemeinde.

Blatt 2b zeigt die Abwägungsflächen zusätzlich ohne das Gebiet mit besonderer Bedeutung für Tourismus und Erholung (RP II 2004). Da der Regionalplan II (und der Landesentwicklungsplan 2021) das gesamte Gemeindegebiet so

ausweisen, ergibt sich daraus für die Aufgabenstellung keine erhebliche Aussage.

Blatt 3 stellt nun die Ergebnisse ohne Naturpark und ohne Gebiete mit besonderer Bedeutung für Tourismus und Erholung dar, welche die gewonnenen Erkenntnisse aus den vorherigen Blättern kartografisch zusammengefasst zeigt. In den Ergebnissen wurden die weichen und harten Faktoren zusammengeführt. Hier stellen die grünen Flächen die Ausschlussflächen (harte Faktoren) dar, diese schließen eine Nutzung für PV-Freiflächenanlagen aus. Orange-gelb schraffiert sind Flächen die aufgrund weicher Standortfaktoren der Abwägung unterliegen. Außerdem sind in Gelbtönen die Eignungsflächen für PV-Freiflächenanlagen dargestellt. Die Potentialanalyse bildet eine Grundlage für erforderliche Bauleitplanverfahren, Flächennutzungsplanung sowie Bebauungsplanung. Die Analyse wurde flexibel angelegt, um auf unvorhersehbare Entwicklungschancen reagieren zu können und um eine formelle Anpassung der Analyse zu vermeiden.

6. Ermittlung von Potentialflächen der Gemeinde Schönwalde

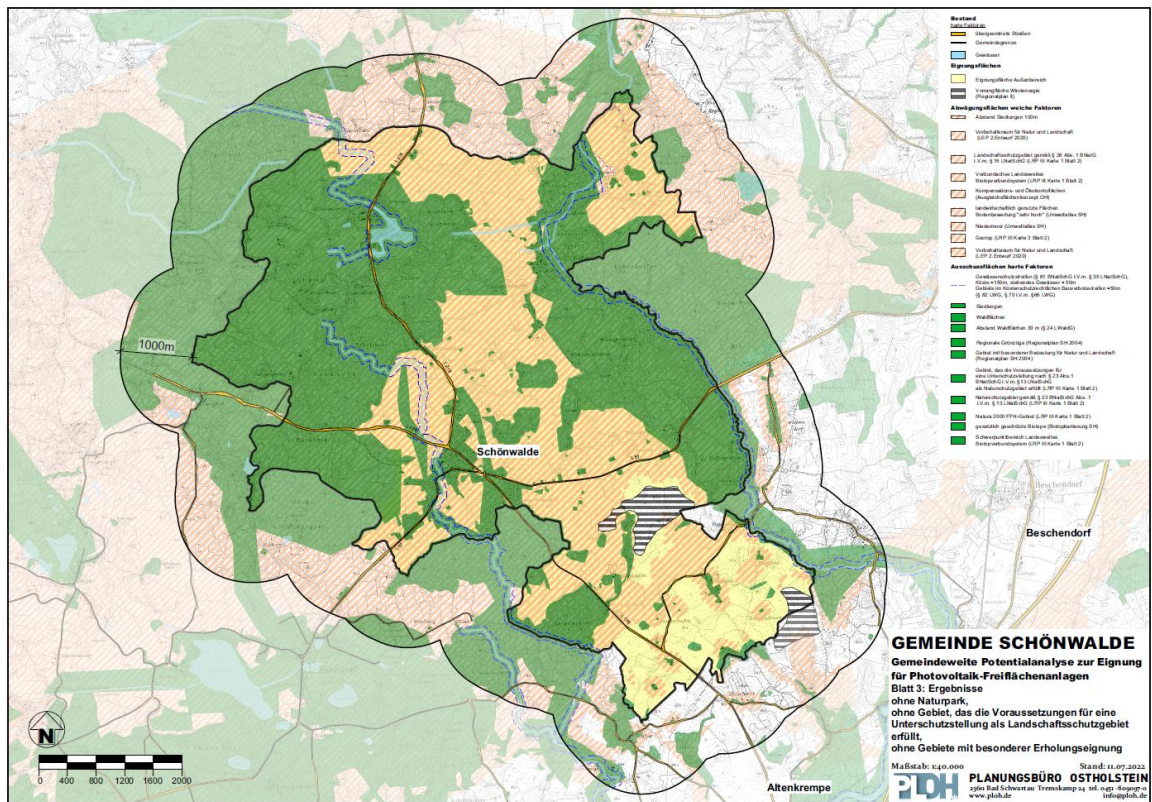


Abb. 2: Blatt 3 – Gemeindefweite Potentialanalyse – Ergebnisse ohne Naturpark, ohne Gebiete mit besonderer Bedeutung für Tourismus und Erholung und ohne Gebiet, das die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung als Landschaftsschutzgebiet erfüllt

Nach den genannten Ausschluss-, Abwägungs- und Eignungskriterien erfolgt die Ermittlung der Potentialflächen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen (Abbildung 2).

Zusammenfassend ergeben sich vor allem im südöstlichen Gemeindegebiet geeignete Flächen für PV-Freiflächenanlagen. Ein Großteil der Eignungsflächen liegen dabei westlich der Splittersiedlung Kniphagen sowie nördlich der Splittersiedlung Hobstin. Hier bietet sich die Möglichkeit zwischen den Siedlungen PV-Anlagen zu entwickeln.

Weitere großflächige Abschnitte im Südwesten der Gemeinde stellen Abwägungsflächen mit weichen Faktoren dar. Diese Faktoren sind keine Ausschlusskriterien für die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen, sondern müssen im Rahmen etwaiger Bauleitplanungen gesondert vertiefend geprüft werden.

7. Weiteres Vorgehen (Konzept der Gemeinde Schönwalde)

Die Gemeinde Schönwalde ist etwa 3.911 Hektar groß.

Bei Berücksichtigung eines Mindestabstandes zu Siedlungen von 120 Metern ergeben sich „Eignungsflächen im Außenbereich“ (auf Blatt 3 hellgelb dargestellt) in einem Umfang von etwa 250 Hektar.

Der Umfang der zur Verfügung zu stellenden Flächen obliegt der Planungshoheit der Gemeinde Schönwalde. Blatt 3 – Ergebnisse, veranschaulicht den Anteil an Eignungsflächen im Außenbereich, welche als Potentialflächen für PV-Freiflächenanlagen in Frage kommen.

Als konzeptionelle Grundlage für die weitere Planung von PV-Freiflächenanlagen erscheint es sinnvoll und erforderlich grundsätzlich einen Flächenanteil zu bestimmen, der im Weiteren entsprechend bauleitplanerisch bearbeitet werden könnte.

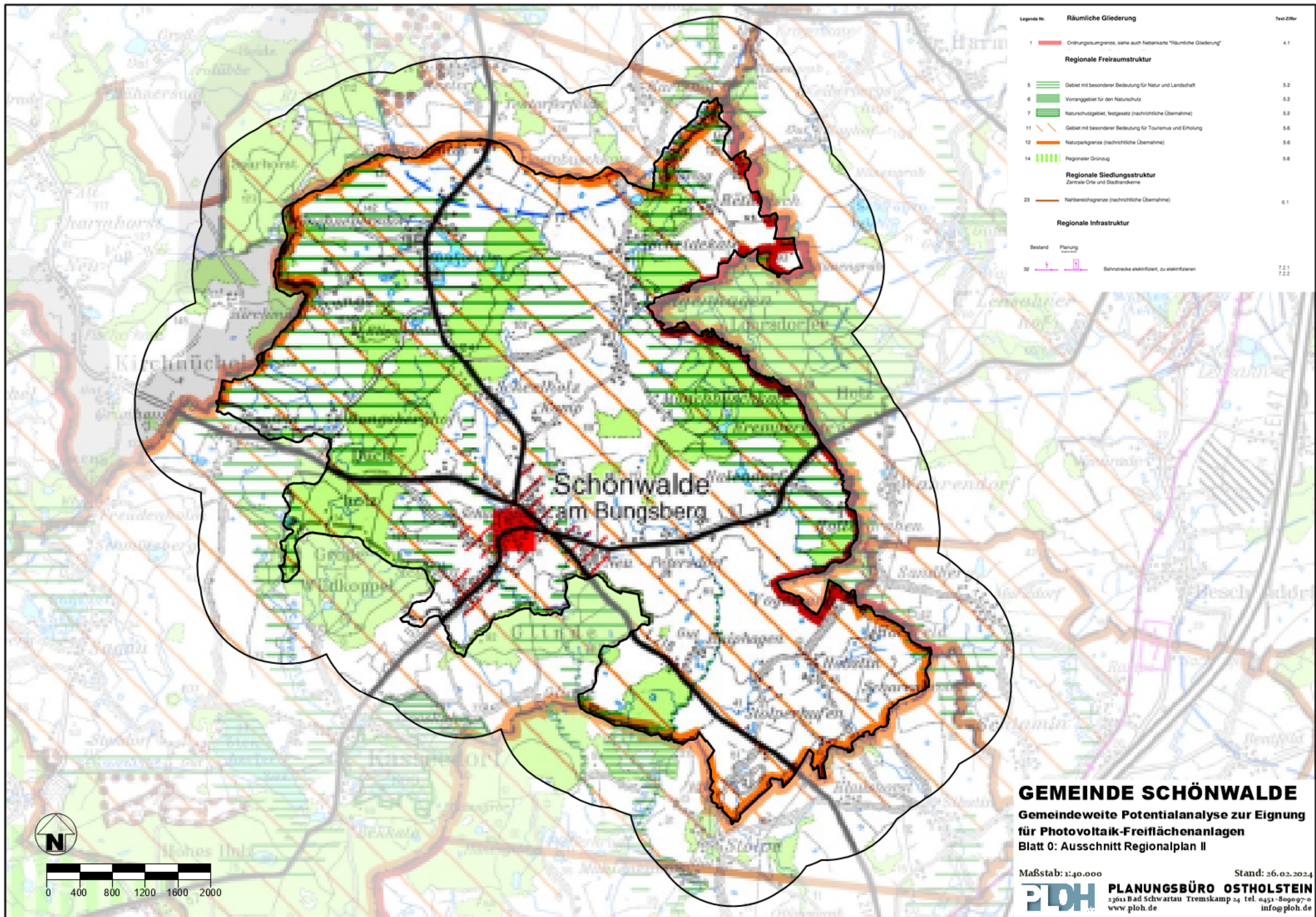
Mit einem Ziel von **z.B. max. 2,5 % der Gemeindefläche, entsprechend ca. 100 Hektar der Gemeinde Schönwalde**, wird ein angemessener Anteil für die klimaneutrale Energieversorgung zur Verfügung bereitgestellt. Dabei sollen Flächen innerhalb des LSG mitberücksichtigt werden.

Für darüberhinausgehende Flächenanteile sollten zunächst keine Bauleitplanverfahren durchgeführt werden.

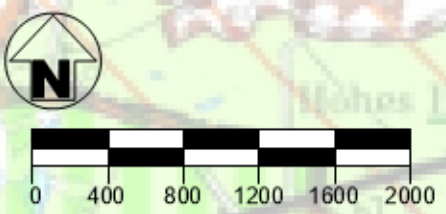
Es ist davon auszugehen, dass im weiteren Planungsprozess, auch durch Konkretisierung des Maßstabes (M1:5.000 oder M 1:1.000), die Flächen reduziert werden.

Der genannte Flächenanteil bezieht sich auf die Sonderbaufächendarstellung im Rahmen der vorbereitenden Bauleitplanung (Flächennutzung).

Das Konzept ist zur gegebenen Zeit fortzuschreiben.

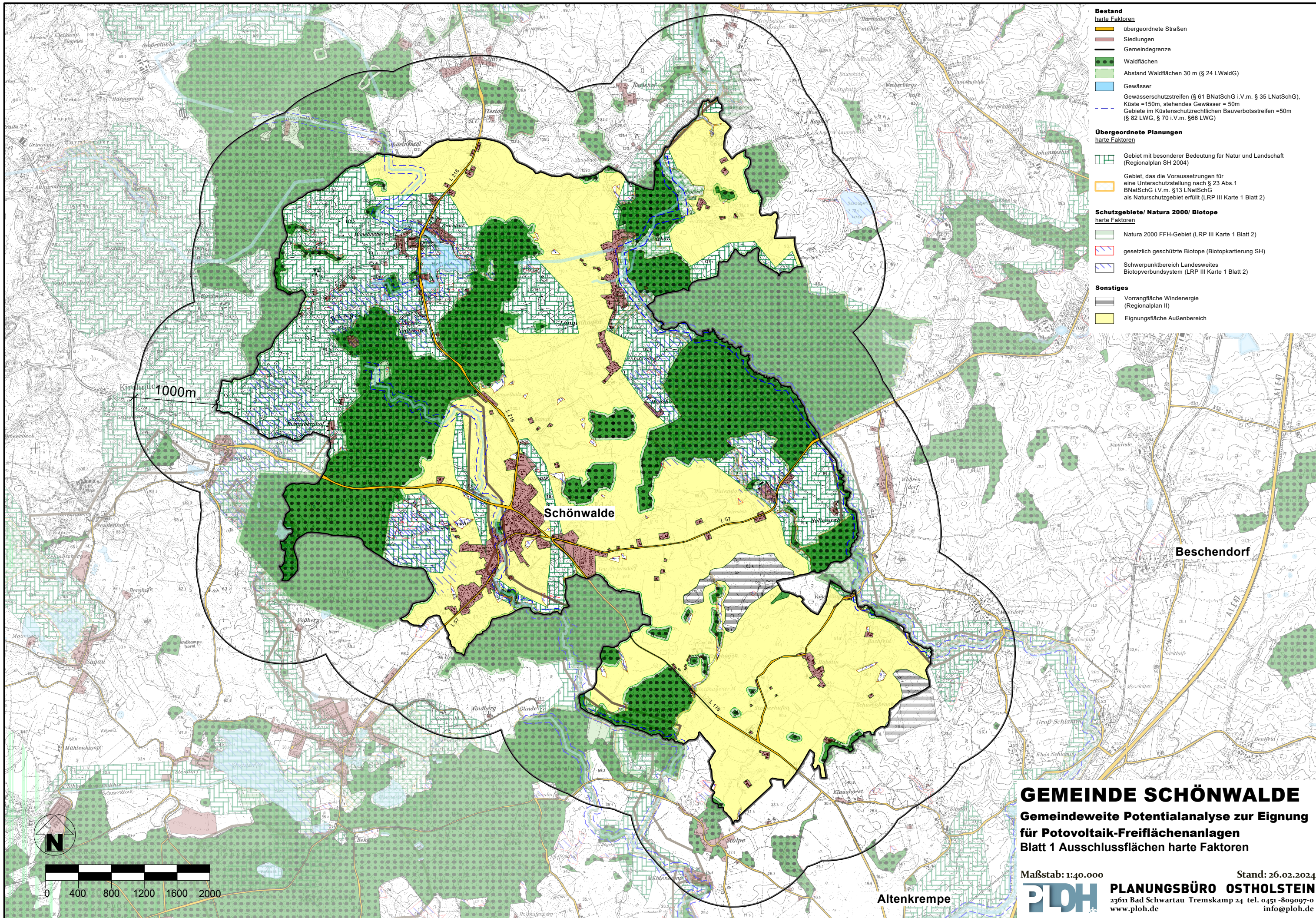


Legende Nr.	Räumliche Gliederung	Text-Ziffer
1	Ordnungsranggrenze, siehe auch Nebenkarte "Räumliche Gliederung"	4.1
Regionale Freiraumstruktur		
5	Gebiet mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft	5.2
6	Vorangebiet für den Naturschutz	5.2
7	Naturschutzgebiet, festgesetzt (nachrichtliche Übernahme)	5.2
11	Gebiet mit besonderer Bedeutung für Tourismus und Erholung	5.6
12	Naturparkgrenze (nachrichtliche Übernahme)	5.6
14	Regionaler Grünzug	5.8
Regionale Siedlungsstruktur Zentrale Orte und Stadtrandkerne		
23	Nahbereichsgrenze (nachrichtliche Übernahme)	6.1
Regionale Infrastruktur		
Bestand	Planung	
32	Bahnstrecke elektrifiziert, zu elektrifizieren	7.2.1 7.2.2



GEMEINDE SCHÖNWALDE
 Gemeindeweite Potentialanalyse zur Eignung
 für Photovoltaik-Freiflächenanlagen
 Blatt 0: Ausschnitt Regionalplan II

Maßstab: 1:40.000
 Stand: 26.02.2024
PLDH PLANUNGSBÜRO OSTHOLSTEIN
 23613 Bad Schwartau Tremskamp 24 tel. 0451-809097-0
 www.ploh.de info@ploh.de

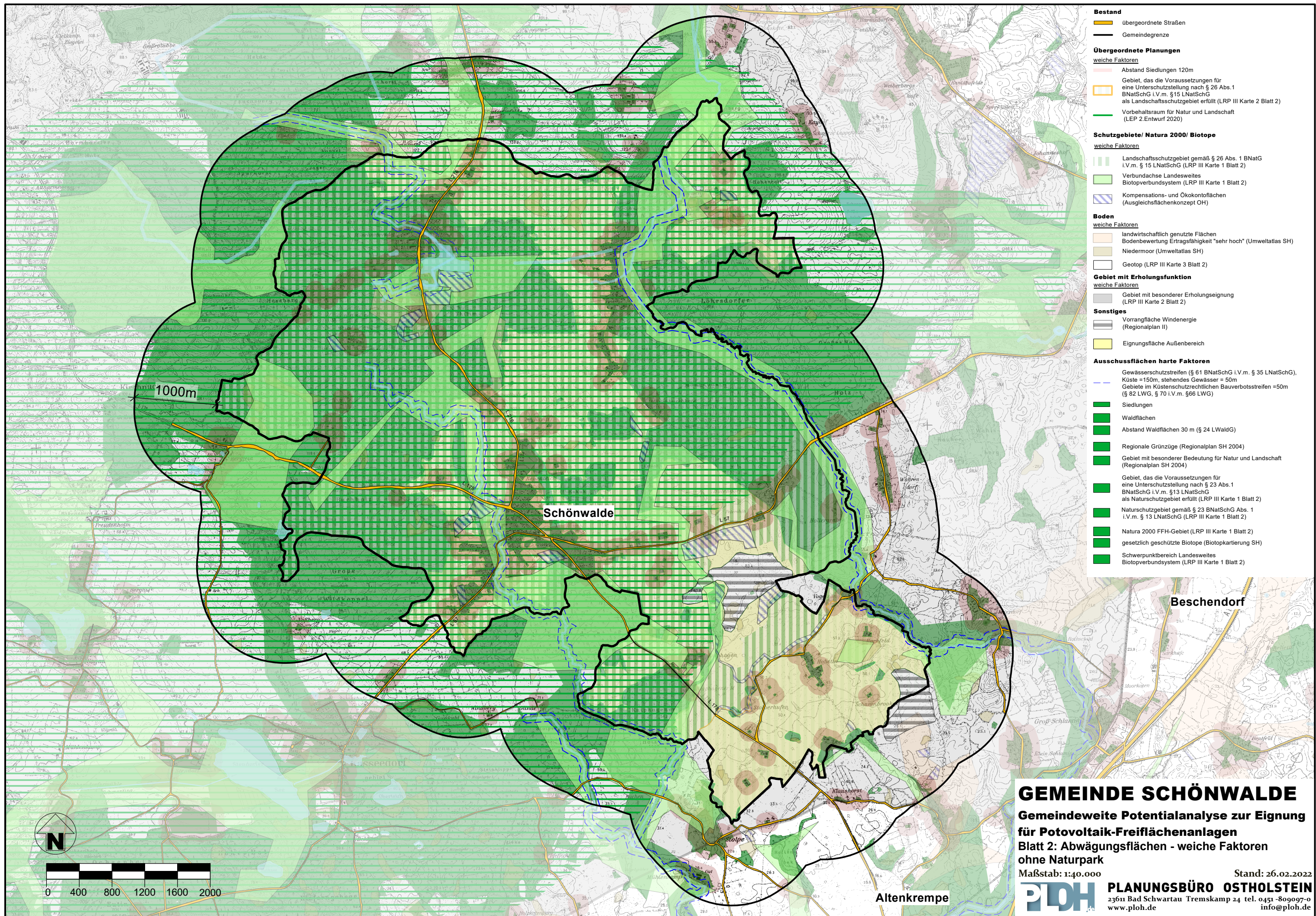


- Bestand**
harte Faktoren
- übergeordnete Straßen
 - Siedlungen
 - Gemeindegrenze
 - Waldflächen
 - Abstand Waldflächen 30 m (§ 24 LWaldG)
 - Gewässer
 - Gewässerschutzstreifen (§ 61 BNatSchG i.V.m. § 35 LNatSchG), Küste = 150m, stehendes Gewässer = 50m
 - Gebiete im Küstenschutzrechtlichen Bauverbotsstreifen = 50m (§ 82 LWG, § 70 i.V.m. § 66 LWG)
- Übergeordnete Planungen**
harte Faktoren
- Gebiet mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft (Regionalplan SH 2004)
 - Gebiet, das die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung nach § 23 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 13 LNatSchG als Naturschutzgebiet erfüllt (LRP III Karte 1 Blatt 2)
- Schutzgebiete/ Natura 2000/ Biotope**
harte Faktoren
- Natura 2000 FFH-Gebiet (LRP III Karte 1 Blatt 2)
 - gesetzlich geschützte Biotope (Biotopkartierung SH)
 - Schwerpunktbereich Landesweites Biotopverbundsystem (LRP III Karte 1 Blatt 2)
- Sonstiges**
- Vorrangfläche Windenergie (Regionalplan II)
 - Eignungsfläche Außenbereich

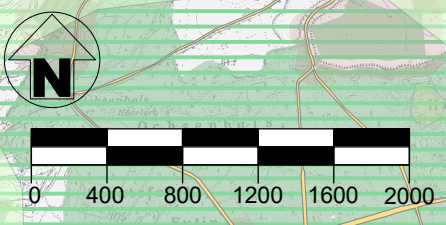
GEMEINDE SCHÖNWALDE
Gemeindeweite Potentialanalyse zur Eignung
für Potovoltaik-Freiflächenanlagen
Blatt 1 Ausschlussflächen harte Faktoren

Maßstab: 1:40.000 Stand: 26.02.2024

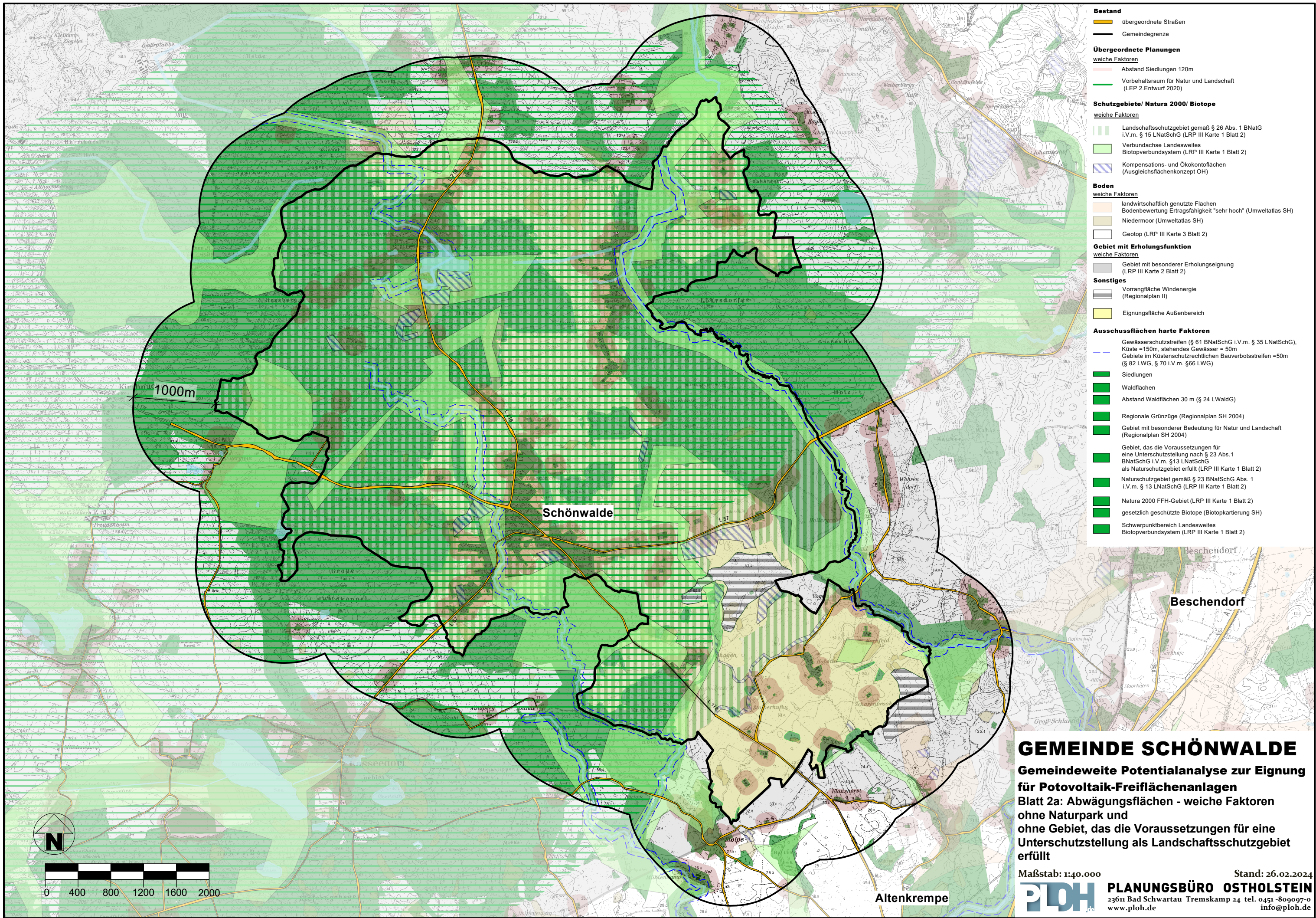
PLANUNGSBÜRO OSTHOLSTEIN
 23611 Bad Schwartau Tremskamp 24 tel. 0451-809097-0
 www.ploh.de info@ploh.de



- Bestand**
- übergeordnete Straßen
 - Gemeindegrenze
- Übergeordnete Planungen**
- weiche Faktoren**
- Abstand Siedlungen 120m
 - Gebiet, das die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung nach § 26 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 15 LNatSchG als Landschaftsschutzgebiet erfüllt (LRP III Karte 2 Blatt 2)
 - Vorbehaltsraum für Natur und Landschaft (LEP 2. Entwurf 2020)
- Schutzgebiete/ Natura 2000/ Biotope**
- weiche Faktoren**
- Landschaftsschutzgebiet gemäß § 26 Abs. 1 BNatG i.V.m. § 15 LNatSchG (LRP III Karte 1 Blatt 2)
 - Verbundachse Landesweites Biotopverbundsystem (LRP III Karte 1 Blatt 2)
 - Kompensations- und Ökotoflächen (Ausgleichskonzept OH)
- Boden**
- weiche Faktoren**
- landwirtschaftlich genutzte Flächen
 - Bodenbewertung Ertragsfähigkeit "sehr hoch" (Umweltatlas SH)
 - Niedermoor (Umweltatlas SH)
 - Geotop (LRP III Karte 3 Blatt 2)
- Gebiet mit Erholungsfunktion**
- weiche Faktoren**
- Gebiet mit besonderer Erholungseignung (LRP III Karte 2 Blatt 2)
- Sonstiges**
- Vorrangfläche Windenergie (Regionalplan II)
 - Eignungsfläche Außenbereich
- Ausschlussflächen harte Faktoren**
- Gewässerschutzstreifen (§ 61 BNatSchG i.V.m. § 35 LNatSchG), Küste = 150m, stehendes Gewässer = 50m
 - Gebiete im Küstenschutzrechtlichen Bauverbotsstreifen = 50m (§ 82 LWG, § 70 i.V.m. § 66 LWG)
 - Siedlungen
 - Waldflächen
 - Abstand Waldflächen 30 m (§ 24 LWaldG)
 - Regionale Grünzüge (Regionalplan SH 2004)
 - Gebiet mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft (Regionalplan SH 2004)
 - Gebiet, das die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung nach § 23 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 13 LNatSchG als Naturschutzgebiet erfüllt (LRP III Karte 1 Blatt 2)
 - Naturschutzgebiet gemäß § 23 BNatSchG Abs. 1 i.V.m. § 13 LNatSchG (LRP III Karte 1 Blatt 2)
 - Natura 2000 FFH-Gebiet (LRP III Karte 1 Blatt 2)
 - gesetzlich geschützte Biotope (Biotopkartierung SH)
 - Schwerpunktbereich Landesweites Biotopverbundsystem (LRP III Karte 1 Blatt 2)



GEMEINDE SCHÖNVALDE
Gemeindeweite Potentialanalyse zur Eignung für Photovoltaik-Freiflächenanlagen
Blatt 2: Abwägungsflächen - weiche Faktoren ohne Naturpark
 Maßstab: 1:40.000
 Stand: 26.02.2022
PLANUNGSBÜRO OSTHOLSTEIN
 23611 Bad Schwartau Tremskamp 24 tel. 0451-809097-0
 www.ploh.de info@ploh.de

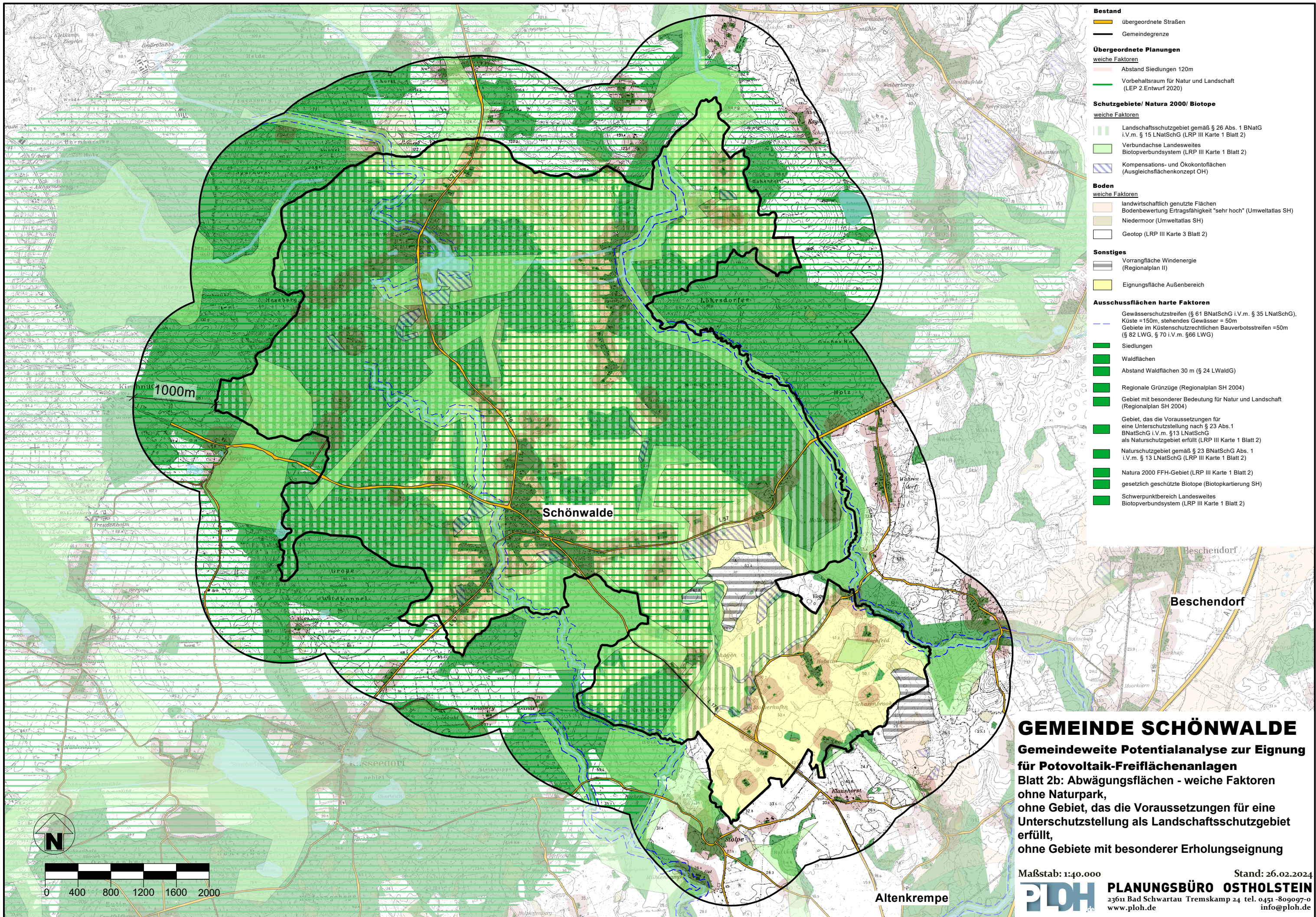


- Bestand**
- übergeordnete Straßen
 - Gemeindegrenze
- Übergeordnete Planungen**
- weiche Faktoren**
- Abstand Siedlungen 120m
 - Vorbehalt für Natur und Landschaft (LEP 2. Entwurf 2020)
- Schutzgebiete/ Natura 2000/ Biotope**
- weiche Faktoren**
- Landschaftsschutzgebiet gemäß § 26 Abs. 1 BNatG i.V.m. § 15 LNatSchG (LRP III Karte 1 Blatt 2)
 - Verbindachse Landesweites Biotopverbundsystem (LRP III Karte 1 Blatt 2)
 - Kompensations- und Okokontflächen (Ausgleichskonzept OH)
- Boden**
- weiche Faktoren**
- landwirtschaftlich genutzte Flächen Bodenbewertung Ertragsfähigkeit "sehr hoch" (Umweltatlas SH)
 - Niedermoor (Umweltatlas SH)
 - Geotop (LRP III Karte 3 Blatt 2)
- Gebiet mit Erholungsfunktion**
- weiche Faktoren**
- Gebiet mit besonderer Erholungseignung (LRP III Karte 2 Blatt 2)
- Sonstiges**
- Vorrangfläche Windenergie (Regionalplan II)
 - Eignungsfläche Außenbereich
- Ausschlussflächen harte Faktoren**
- Gewässerschutzstreifen (§ 61 BNatSchG i.V.m. § 35 LNatSchG), Küste = 150m, stehendes Gewässer = 50m
 - Gebiete im Küstenschutzrechtlichen Bauverbotsstreifen = 50m (§ 82 LWG, § 70 i.V.m. § 66 LWG)
 - Siedlungen
 - Waldflächen
 - Abstand Waldflächen 30 m (§ 24 LWaldG)
 - Regionale Grünzüge (Regionalplan SH 2004)
 - Gebiet mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft (Regionalplan SH 2004)
 - Gebiet, das die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung nach § 23 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 13 LNatSchG als Naturschutzgebiet erfüllt (LRP III Karte 1 Blatt 2)
 - Naturschutzgebiet gemäß § 23 BNatSchG Abs. 1 i.V.m. § 13 LNatSchG (LRP III Karte 1 Blatt 2)
 - Natura 2000 FFH-Gebiet (LRP III Karte 1 Blatt 2)
 - gesetzlich geschützte Biotope (Biotopkartierung SH)
 - Schwerpunktbereich Landesweites Biotopverbundsystem (LRP III Karte 1 Blatt 2)

GEMEINDE SCHÖNWALDE
Gemeindeweite Potentialanalyse zur Eignung für Potovoltaik-Freiflächenanlagen
 Blatt 2a: Abwägungsflächen - weiche Faktoren ohne Naturpark und ohne Gebiet, das die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung als Landschaftsschutzgebiet erfüllt

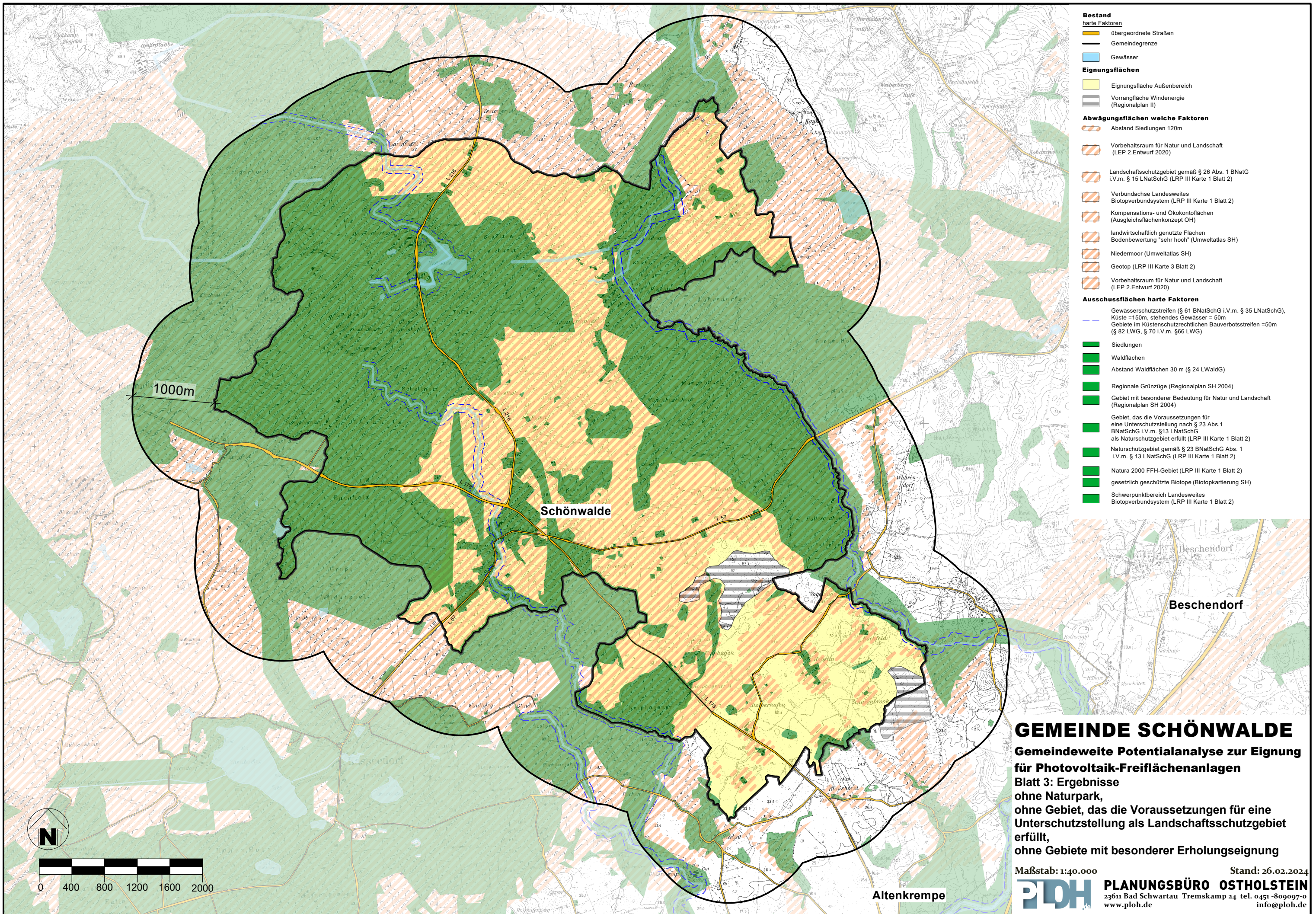
Maßstab: 1:40.000
 Stand: 26.02.2024

PLDH PLANUNGSBÜRO OSTHOLSTEIN
 23611 Bad Schwartau Tremskamp 24 tel. 0451-809097-0
 www.ploh.de info@ploh.de



- Bestand**
- übergeordnete Straßen
 - Gemeindegrenze
- Übergeordnete Planungen**
- weiche Faktoren**
- Abstand Siedlungen 120m
 - Vorbehalt für Natur und Landschaft (LEP 2. Entwurf 2020)
- Schutzgebiete/ Natura 2000/ Biotope**
- weiche Faktoren**
- Landschaftsschutzgebiet gemäß § 26 Abs. 1 BNatG i.V.m. § 15 LNatSchG (LRP III Karte 1 Blatt 2)
 - Verbundachse Landesweites Biotopverbundsystem (LRP III Karte 1 Blatt 2)
 - Kompensations- und Ökotoflächen (Ausgleichskonzept OH)
- Boden**
- weiche Faktoren**
- landwirtschaftlich genutzte Flächen (Bodenbewertung Ertragsfähigkeit "sehr hoch" (Umweltatlas SH))
 - Niedermoor (Umweltatlas SH)
 - Geotop (LRP III Karte 3 Blatt 2)
- Sonstiges**
- Vorrangfläche Windenergie (Regionalplan II)
 - Eignungsfläche Außenbereich
- Ausschlussflächen harte Faktoren**
- Gewässerschutzstreifen (§ 61 BNatSchG i.V.m. § 35 LNatSchG), Küste = 150m, stehendes Gewässer = 50m
 - Gebiete im Küstenschutzrechtlichen Bauverbotsstreifen = 50m (§ 82 LWG, § 70 i.V.m. § 66 LWG)
 - Siedlungen
 - Waldflächen
 - Abstand Waldflächen 30 m (§ 24 LWaldG)
 - Regionale Grünzüge (Regionalplan SH 2004)
 - Gebiet mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft (Regionalplan SH 2004)
 - Gebiet, das die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung nach § 23 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 13 LNatSchG als Naturschutzgebiet erfüllt (LRP III Karte 1 Blatt 2)
 - Naturschutzgebiet gemäß § 23 BNatSchG Abs. 1 i.V.m. § 13 LNatSchG (LRP III Karte 1 Blatt 2)
 - Natura 2000 FFH-Gebiet (LRP III Karte 1 Blatt 2)
 - gesetzlich geschützte Biotope (Biotopkartierung SH)
 - Schwerpunktbereich Landesweites Biotopverbundsystem (LRP III Karte 1 Blatt 2)

GEMEINDE SCHÖNWALDE
Gemeindewerte Potentialanalyse zur Eignung für Photovoltaik-Freiflächenanlagen
 Blatt 2b: Abwägungsflächen - weiche Faktoren ohne Naturpark, ohne Gebiet, das die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung als Landschaftsschutzgebiet erfüllt, ohne Gebiete mit besonderer Erholungseignung



- Bestand**
- harte Faktoren**
- übergeordnete Straßen
 - Gemeindegrenze
 - Gewässer
- Eignungsflächen**
- Eignungsfläche Außenbereich
 - Vorrangfläche Windenergie (Regionalplan II)
- Abwägungsflächen weiche Faktoren**
- Abstand Siedlungen 120m
 - Vorbehaltsraum für Natur und Landschaft (LEP 2. Entwurf 2020)
 - Landschaftsschutzgebiet gemäß § 26 Abs. 1 BNatG i.V.m. § 15 LNatSchG (LRP III Karte 1 Blatt 2)
 - Verbundachse Landesweites Biotopverbundsystem (LRP III Karte 1 Blatt 2)
 - Kompensations- und Ökokontoflächen (Ausgleichskonzept OH)
 - landwirtschaftlich genutzte Flächen Bodenbewertung "sehr hoch" (Umweltatlas SH)
 - Niedermoor (Umweltatlas SH)
 - Geotop (LRP III Karte 3 Blatt 2)
 - Vorbehaltsraum für Natur und Landschaft (LEP 2. Entwurf 2020)
- Ausschussflächen harte Faktoren**
- Gewässerschutzstreifen (§ 61 BNatSchG i.V.m. § 35 LNatSchG), Küste = 150m, stehendes Gewässer = 50m
 - Gebiete im Küstenschutzrechtlichen Bauverbotsstreifen = 50m (§ 82 LWG, § 70 i.V.m. § 66 LWG)
 - Siedlungen
 - Waldflächen
 - Abstand Waldflächen 30 m (§ 24 LWaldG)
 - Regionale Grünzüge (Regionalplan SH 2004)
 - Gebiet mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft (Regionalplan SH 2004)
 - Gebiet, das die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung nach § 23 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 13 LNatSchG als Naturschutzgebiet erfüllt (LRP III Karte 1 Blatt 2)
 - Naturschutzgebiet gemäß § 23 BNatSchG Abs. 1 i.V.m. § 13 LNatSchG (LRP III Karte 1 Blatt 2)
 - Natura 2000 FFH-Gebiet (LRP III Karte 1 Blatt 2)
 - gesetzlich geschützte Biotope (Biotopkartierung SH)
 - Schwerpunktbereich Landesweites Biotopverbundsystem (LRP III Karte 1 Blatt 2)

GEMEINDE SCHÖNWALDE
Gemeindegewise Potentialanalyse zur Eignung für Photovoltaik-Freilichenanlagen
Blatt 3: Ergebnisse
 ohne Naturpark,
 ohne Gebiet, das die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung als Landschaftsschutzgebiet erfüllt,
 ohne Gebiete mit besonderer Erholungseignung

